

Gastkolumne

Amerikas
Polarisierung
ist kein
Naturgesetz

Gegen die Spaltung in den USA
gibt es aus Sicht der Demokraten
eine Lösung. Sie ist allerdings
schmerzhaft und braucht Mut



Caspar Hirschi

Wie lässt sich eine demokratische Gesellschaft entpolarisieren? Die Frage stellt sich nach den Wahlen in den USA in alter Dringlichkeit, aber bei der Suche nach Antworten macht sich rasch Resignation breit. Liest man sich durch Bücher und Artikel zum Thema, erhält man den Eindruck, wir befänden uns in einer hoffnungslosen Abwärts-spirale: Je besser wir die Mechanismen der Polarisierung verstehen, desto trüber erscheinen unsere Aussichten, sie zurück-drängen zu können.

Folgt man den Zukunftsszenarien, die Kenner der Materie entwerfen, so entwickelt sich die Polarisierung wie eine Kampfschei-dung ohne Ende, in der beide Parteien im gemeinsamen Haus gefangen sind. Man hat sich auseinandergelebt, im Streit zu bekeh-ren versucht, zum hoffnungslosen Fall erklärt, nichts mehr zu sagen gehabt, mit allen Waffen bekämpft – und dabei immer tiefer ineinander verkeilt.

Das klingt deprimierend, und genauso war es auch gemeint, als politische Kommentato-ren der amerikanischen Gesellschaft trotz Donald Trumps Wahlniederlage die Diagnose stellten, die Spaltung werde von nun an «nur noch schlimmer werden». Ezra Klein, ein führender Pathologe der amerikanischen Demokratie, verweist in seinem Buch «Why

We're Polarized» Joe Bidens Versprechen, er werde ein Präsident aller Amerikaner sein, ins Reich der Träume. Zu verhärtet sei die Front, zu tief die Kluft zwischen der Identitätspolitik beider Lager.

So viel stimmt: An die Stelle des Parteien-wettbewerbs ist längst ein Glaubenskampf getreten, befeuert von medialer Indoktrina-tion und sozialer Segregation. Aus Gegnern sind nicht nur Feinde, sondern Fremde geworden. Die Konstellation erinnert an die konfessionelle Spaltung der frühen Neuzeit. Von heute aus, da hat Klein ebenfalls recht, führt kein Weg zurück zur Konsenspolitik der Nachkriegszeit. Das aber wäre auch gar nicht zu wünschen, beruhte der damalige Konsens doch auf der pauschalen Verdäch-tigung linker Kritiker als Kommunisten und der rassistischen Unterdrückung der nicht-weissen Bevölkerung.

Dennoch ist am Pessimismus der Polari-sierungsprognostiker etwas faul. Man wird den Eindruck nicht los, dass es Klein und Konsorten in ihrer polarisierten Welt ganz wohl ist. Mit ihren Prognosen verabschieden sie die Republikaner in die alternative Realität rechter Verschwörungsmysmen, ohne ihre demokratische Leserschaft mit Fragen nach dem eigenen Beitrag zur Spaltung zu behelli-gen. Der Pessimismus befreit von der Last, sich selber bewegen zu müssen.

Dabei wäre es zumindest geboten, die denkbaren Varianten einer Entpolarisierung durchzuspielen. Es gibt deren drei: Man schlägt die andere Seite aus dem Feld, man verbündet sich mit ihr gegen einen neuen, gemeinsamen Feind, oder man gewinnt einen signifikanten Teil von ihr, indem man sich politisch neu ausrichtet.

Die erste Variante entsprach dem Wunsch-szenario der Demokraten vor den Wahlen,

Die
Konstellation
erinnert an die
konfessionelle
Spaltung
der frühen
Neuzeit.

wonach ihnen Trumps moralischer Bank-rott einen Erdrutschsieg bescheren würde, der sich mithilfe der Demografie nichtweiser Minderheiten weiter ausbauen lassen würde. Nun, da es beim Wunsch blieb, werden Stimmen laut, man müsse die Repu-blikaner mit ihren eigenen Waffen schlagen, sprich den Weg der demokratischen Konflikt-austragung verlassen. Damit aber würde die Polarisierung bloss in einen kalten Bürger-krieg ausarten.

Für die zweite Variante böte sich heute China an, das bei Republikanern wie bei Demokraten Ängste auslöst. Aussenpoliti-sche Eskalation zum Zwecke der innenpoliti-schen Verbrüderung ist eine alte Strategie, birgt aber gewaltige Risiken. Es droht, wie in Vietnam und im Irak, ein patriotisches Stroh-feuer, gefolgt von noch tieferen Spaltungen.

Bleibt also die dritte Variante als einzig gangbarer Weg. Er ist der schmerzhafteste, bedingt er doch ein radikales Umdenken im demokratischen Lager – weg von der linken Identitäts- hin zu einer progressiven Sozial-politik, die allen Leidtragenden der extre-men Ungleichheit zugutekommt. Ob Bidens Kabinett dazu in der Lage ist? Wohl kaum. Grund zur Hoffnung geben vielmehr intel-lektuelle Projekte wie «Persuasion» des Poli-tologen Yascha Mounk, die das selbst-gerichte Weltbild von Polarisierungspessi-misten mit ebenso mutigen wie kompeten-ten Denkanstössen aufbrechen. Vielleicht braucht es heute genau das, was auch vor dreihundert Jahren die konfessionelle Blo-ckade gelöst hat: die geistige Kraft hetero-doxer Köpfe, die mit aller Konsequenz fest-gefahrene Denkmuster sprengen.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.



Medienkritik

Wie lange hält
sich Marchand
noch?



Felix E. Müller

Die Liste von Beispielen sexueller Belästigung innerhalb der welschen Radio- und TV-Gesell-schaft wird täglich länger. Sie zeichnet das Bild einer Organisation, die solche Vorfälle auf die leichte Schulter nahm oder ihnen mit inadäquaten Mass-nahmen begegnete. So soll einer Mitar-beiterin, die sich von einem Kollegen bedrängt fühlte, eine Mediation ange-boten worden sein – als ob eine Lösung des Problems darin bestehen könnte, dass die Vorfälle künftig nur noch alle 14 Tage stattfänden.

Für den jetzigen Generaldirektor der SRG, Gilles Marchand, ist die Affäre bedrohlich. Denn er war zur fraglichen Zeit Chef von Radio Télévision Suisse (RTS). Marchand bezog seine Verteidi-gungslinie. Und zwar so: Er sei leider nicht zureichend über solche Übergriffe informiert worden, sonst hätte er ener-gisch eingegriffen. Doch ein stetes Rinnen neuer Enthüllungen zeigt, dass er wohl mehr wusste als heute behauptet. Für Marchand wird die Luft dünn.

Sein Schicksal liegt wohl in der Hand von Medienministerin Simonetta Somma-ruga. Die strenge Bundesrätin kennt bei diesem Thema kein Pardon. Sie dürfte deshalb geneigt sein, öffentlichkeitswirk-sam ein Exempel gegen die Tolerierung sexueller Belästigungen am Arbeitsplatz zu statuieren. Danach liesse sich erst noch eine Frau als Nachfolgerin von Marchand an der Spitze der SRG installieren. Zwei Fliegen auf einen Streich!

Doch wer könnte dies sein? Hier fällt der Blick auf Ladina Heimgartner. Sie ist Frau, hat als Rätoromanin einen Minder-heitenbonus, verfügt über jahrelange Erfahrung innerhalb der SRG und sam-melt jetzt bei Ringier auch noch Einblicke in die Privatwirtschaft. Da man an der Dufourstrasse in solchen Positionen ohnehin nie lange überdauert, wäre sie wohl tatsächlich bald für (noch) höhere Aufgaben bereit.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

51 Prozent

Schwangerschaft, ein Sündenfall



Nicole Althaus

Meghan Markle hat in der «New York Times» einen Essay über eine höchst private Erfahrung geschrieben und damit grosses Echo ausgelöst. Zwar hallt fast alles, was die Herzogin von Sussex privat tut, in der Öffentlichkeit noch lange nach. Doch im Gegensatz zu den nackten Beinen, mit denen Meghan bei Auftritten bloss gegen eine Regel im britischen Königshaus verstossen hatte, bricht sie mit der nackten Wahrheit über ihre Fehlgeburt tatsächlich ein Tabu. Das macht das private Leid über das ungewollte Ende einer Schwangerschaft politisch.

22 000 Frauen in der Schweiz erfahren jedes Jahr, was Meghan Markle beschreibt: Selten ist man im Leben so allein wie nach

einer Fehlgeburt. Sie trifft die Schwangere aus heiterem Himmel beim Einkaufen, bei der Arbeit, am Tresen einer Bar. Bauchkrämpfe, eine plötzliche Blutung, Angst und Entsetzen. Es folgen Schweigen, Verheim-lichen, so tun, als sei nichts passiert. Fast jede fünfte Schwangerschaft endet vorzeitig, doch anders als beim Verlust eines geliebten Menschen, oder auch nur eines Haustiers, bleibt das Mitgefühl aus. Eine Umarmung? Tröstende Worte? Wie denn, wenn ausser dem Partner niemand von der Schwanger-schaft weiss? Nicht einmal Tränen kann man sich leisten, wenn man den Embryo, der zum Kind hätte werden sollen, im Grossraumbüro verliert. So wie ich damals.

Das Schweigen hat System. Wegen der Umstände, welche die anderen Umstände in einer Firma schaffen. Eine Schwangerschaft zu beichten, die eventuell nicht in einem Baby endet, ist etwa so klug, wie den Vorge-setzten mitzuteilen, dass man sich bei der Konkurrenz umschaut. Die Angst, als Arbeit-nehmerin auf die Mutter reduziert zu werden, die für interessante Aufgaben nicht mehr infrage kommt, ist auch nach dem Ja zum Vaterschaftsurlaub nicht verschwunden.

Jedenfalls kennen sie junge Kolleginnen auch heute noch. Und alle Ratgeber empfehlen werdenden Müttern, ihre Schwangerschaft erst nach dem ersten Trimester am Arbeits-platz bekannt zu machen. Also verstecken sie, so wie ich damals, die Vorfreude, die Übelkeit, die bleierne Müdigkeit in den ersten Monaten, so gut es eben geht. Gebeichtet wird nach der vierzehnten Woche, dann wenn Spontanaborte selten sind und der Bauch auch mit Formwäsche nicht mehr ver-steckt werden kann. In diesen Momenten wünscht man sich, die Natur hätte die Fort-pflanzung auch bei den weiblichen Menschen diskreter geregelt. Wie bei den Pinguinen etwa, die ihr Ei legen und sich dann beim Brüten mit dem Partner abwechseln.

Das Wort «beichten», das oft verwendet wird, wenn es um die Bekanntmachung der anderen Umstände am Arbeitsplatz geht, bringt das Dilemma auf den Punkt: Eine Schwangerschaft ist eine Art Sündenfall in der leistungsorientierten Arbeitswelt. Und auch wenn die Absolution heute selbstver-ständlich ist und der werdenden Mutter nicht gekündigt werden darf, ist die Lohn-einbusse die Mindeststrafe, welche die

Nicht einmal
Tränen kann
man sich
leisten, wenn
man den
Embryo im
Grossraum-
büro verliert.
So wie ich
damals.

meisten berufstätigen Frauen für die Fort-pflanzung bezahlen.

Das Wort «mutterseelenallein» aber muss für die Einsamkeit nach einer Fehlgeburt erfunden worden sein. Wie 70 Prozent aller Frauen, die einen spontanen Abort hatten, quälte mich ein schlechtes Gewissen. Nachts wälzte ich mich schlaflos im Bett. Wäre ich vielleicht noch schwanger, hätte ich mich mehr geschont, statt mir im Job nichts anmerken zu lassen? Tagsüber lächelte ich und betäubte die Trauer, die niemand sehen durfte, mit Arbeit. Und irgendwann bekam ich auch noch eine Ohrfeige von der Kranken-kasse in Form einer Rechnung. Denn gemäss Gesetz gilt die werdende Mutter erst ab der 13. Woche als schwanger und wird befreit von Kosten. In der Woche 12 gilt die Auskratzung des toten Embryos als Krankheit. Diese Dis-kriminierung hat endlich auch das Parlament eingesehen und den Bundesrat 2019 beauf-tragt, das Gesetz zu ändern. Vielleicht dürfen künftig Schwangere tatsächlich schon im ersten Trimester schwanger sein.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».